

Beziehungskrise zwischen Mensch und Natur

Um die Wende hin zu einer nachhaltigen Lebensweise zu schaffen, müssen wir an unserer Beziehung zur Natur arbeiten, sagen Marion Mehring und ihre Kolleg*innen vom ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Von Sebastian Tilch

Im Anthropozän, dem Erdzeitalter, in dem der Mensch den dominanten Faktor für die Veränderungen der Erdsysteme darstellt, gibt es so gut wie keinen Fleck auf der Erde mehr, der von der Menschheit unberührt ist. Selbst in den entlegensten Ecken der Tiefsee oder Arktis finden sich Spuren der Zivilisation, wie etwa Plastikmüll. Der Klimawandel beeinflusst die Ökosysteme weltweit, befeuert durch Industrien und Konsum in ganz anderen Regionen. Natur ohne den Menschen gibt es also nicht mehr. Der Naturschutz muss sich also fragen, was Natur ist und was eigentlich geschützt werden soll. Der klassische Politikansatz, Zivilisation und Natur zu trennen und vermeintlich unberührte Wildnis als Objekt vor unserem Einfluss zu schützen, greift zu kurz. Wir leben mit und von der Natur, und sie mit uns. Diese enge Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft sollte uns viel bewusster sein - um sie dann bewusst gestalten zu können, sagen Forscher*innen am ISOE - Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt. Biodiversitätsschutz kann mit einer Gesellschaft gelingen, die die Biodiversität - ähnlich einem Lebenspartner - in allen Handlungsräumen wertschätzt. Dieses neue Verständnis sollten die Vertreterinnen und Vertreter unserer Regierungen bei der (Neu-)Formulierung politischer Ziele zur Erhaltung der biologischen Vielfalt berücksichtigen.

Meine Mutter kennt sie, die innige Beziehung, ja Liebesbeziehung zu ihrem Garten. Es ist ein sehr gepflegter und gleichzeitig enorm artenreicher Garten, vorwiegend mit heimischen Pflanzenarten - Blumen, Obst und Gemüse - der vielen Insekten, Vögeln und anderen Tieren ein Zuhause bietet. Sie gestaltet zum einen selbst, was sie ernten und bewundern möchte, beobachtet aber auch, was von alleine kommt und geht und weiß, was die Pflanzen brauchen, um ihr dieses Wohlfühlgefühl geben zu können. Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen, gleichberechtigt.

Dies ist genau jene Beziehung, die der Mensch auch im ganz großen Maßstab hat. Nur ist sie den wenigsten Bewusst. In unserem globalen Garten wurschteln wir vor uns hin und verändern den Globus nach Lust und Laune.

Allerdings ohne die innige Liebe eines Gärtners zu dieser Natur - denn im globalen Maßstab sind die Folgen dieses Wurschtelns nicht unmittelbar zu sehen. Unser Konsum in unserem Teil der Welt verändert in einer global vernetzten Wirtschaft die Natur an den entlegensten Orten (Telecoupling - siehe [NeFo-Artikel vom Juli 2021](#)).

„Im Anthropozän kann nicht mehr klar unterschieden werden zwischen ‚natürlich‘ und ‚vom Menschen geprägt‘“, sagt Marion Mehring, Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Biodiversität und Bevölkerung“ am ISOE. Das hat Konsequenzen, wenn es um den Schutz von Biodiversität geht. Es stellt sich die Frage: Was ist Biodiversität überhaupt? Welche Biodiversität soll weiterhin geschützt werden?

„Eine wesentliche Ursache der Biodiversitätskrise liegt in einer grundlegenden Denkbewegung der Moderne“, so die Geoökologin.

Demnach werde Natur aus einer Distanz heraus wahrgenommen, die ihren Wert allein aus ihrem Beitrag beziehe, den sie zur Sicherung der menschlichen Lebensbedingungen liefere. „Tatsächlich ist es aber entscheidend, dass wir erkennen, dass wir uns immer in Beziehung setzen zur Natur, und dass wir in der Forschung diese Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur - die sogenannten gesellschaftlichen Naturverhältnisse - ganz genau in ihrem Zusammenspiel zu betrachten. Denn gesellschaftliches Handeln und ökologische Effekte greifen so eng ineinander, dass eine einseitige Betrachtung auf „die Natur“ oder „die Gesellschaft“ nicht hilfreich und v.a. auch nicht ausreichend ist.“



Laut einer Studie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung UFZ von 2017 gelangt der größte Teil des Plastikmülls über große Flüsse in die Meere, vor allem in Asien. Jedes Jahr kommen etwa zehn Millionen Tonnen Plastikmüll dazu. Bild: Plastikmüll in Fluss / Teich_Pixabay

Dieser Eindruck einer einseitigen Betrachtung drängt sich auch immer dann auf, wenn man in den Medien über politische Ereignisse rund um die Biologische Vielfalt liest, sei es die Vorstellung der neuesten Rote Liste der Weltnaturschutzunion IUCN, eines neuen Berichtes des Weltbiodiversitätsrates, oder auch die Verhandlungen bei den UN-Vertragsstaatenkonferenzen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt CBD. Irgendwelche Tier- und Pflanzenarten, die die allerwenigsten von uns je gesehen haben, sind bedroht und sollen vom Aussterben bewahrt werden. Mit unserem Leben hat das direkt nichts zu tun.

Auch in den politischen Maßnahmen spiegelt sich diese Distanz wider. Es sollen Schutzgebiete eingerichtet und stetig ausgeweitet werden.

So lautete Ziel 11 der 2010 von der CBD beschlossenen AICHI-Biodiversitätsziele:

„Bis 2020 sind mindestens 17 Prozent der Land- und Binnenwassergebiete und 10 Prozent der Küsten- und Meeresgebiete, [...] durch effektiv und gerecht gemanagte, ökologisch repräsentative und gut vernetzte Schutzgebietssysteme [...] geschützt.“

Tatsächlich gehört dieses Ziel zu den ganz wenigen, die annähernd erreicht werden konnten. Zumindest verweist man gern auf die offiziellen Ausweisungen. Geht es allerdings um das effektive Management und die Vernetzung dieser Gebiete, sieht es weniger gut aus. Denn hier kommt die Gesellschaft mit ihren vielfältigen Interessen und Bedürfnisse ins Spiel, die einer intakten Natur sehr häufig entgegenstehen: Straßen- und Siedlungsbau, billige Nahrungsmittel oder auch ein florierender Markt für Schweinefleisch in China. Und das ist auch ein wesentlicher Grund, weshalb die meisten anderen der insgesamt 20 Aichi-Ziele nicht erreicht werden konnten:

Etwa bis 2020 die vielen Milliarden Euro an biodiversitätsschädlichen Subventionen für Land- Energie- oder Mobilitätswirtschaft abzuschaffen (Ziel. 3), Forst- und Landwirtschaft sowie Aquakulturen nachhaltig zu machen (Ziel 7) Verschmutzung etwa durch überschüssige Nährstoffe wieder auf ein für die ökosystemare Funktion und die biologische Vielfalt unschädliches Niveau zu bringen (Ziel 8).

Es ist klar: Die Biodiversitätskrise ist nicht allein durch die Einrichtung von Schutzgebieten zu beenden. Wir brauchen die biologische Vielfalt überall, zur Herstellung unserer Lebensmittel, für sauberes Wasser, erträgliches Klima aber auch unser seelisches Wohlergehen. Also müssen wir nicht eine von uns ferne Natur schützen, wir müssen sie in unserer Welt schützen.

„Um die notwendig gewordenen sozial-ökologischen Transformationen zu schaffen, muss die untrennbare Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur in den Mittelpunkt gerückt werden“, sagt Marion Mehring. „Die Natur“ gibt es im Anthropozän nicht mehr ohne den Menschen. Gesellschaftliche Prozesse bewirken Biodiversitätsveränderungen und anders herum. Diese enge Beziehung müssen wir überhaupt zuerst einmal wahrnehmen und dann vor allem eins: akzeptieren.

„Eine sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn wir sie als gemeinsame Gestaltungsaufgabe verstehen und annehmen“ (ISOE)

Ein Naturschutz gegen die Menschen wird nicht möglich sein. Wenn aber allgemein anerkannt ist, dass die menschliche Gesellschaft auch ohne die Natur nicht möglich ist, man sie also in die Zukunftskonzepte einbeziehen muss, können die bisherigen Fronten zwischen menschlichen Bedürfnissen und Naturschutz aufgelöst werden. Wir werden handlungsfähig.

„Gestaltungsfähig“, würden die Wissenschaftler*innen am ISOE sagen. Denn Transformation ist notwendig. Sie ist nicht nur eine analytisch wissenschaftliche Aufgabe, sondern auch eine gesellschaftliche.. Und das wiederum bedeutet zu diskutieren, welche Bedürfnisse wie in Einklang zu bringen sind, dass die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft erhalten bleibt.

Um diesen Prozess zu unterstützen, hat Marion Mehring gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen einen Ansatz für eine sozial-ökologische Gestaltung im Anthropozän entwickelt und in sechs Prinzipien übersetzt. (<https://www.isoe.de/forschung/gestaltungsprinzipien/>), die als Orientierungshilfe für Politikschaffende und andere Entscheidungsträger herangezogen werden können:

Prinzip eins ist ein zentrales Prinzip, das besagt, **die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur** in den Mittelpunkt zu stellen, sie also in unsere Lebenswelt zurückzuholen und ihre Bedeutung zu respektieren.

Daraus ergibt sich zwangsläufig das **Prinzip zwei: Koexistenz ermöglichen**. „Die Krisen der Gegenwart äußern sich in Prozessen der Verdrängung und Unterordnung, wie sie sich aus dem Motiv der Beherrschung und ökonomischen Inwertsetzung von Natur ergeben“, schreiben die Wissenschaftler*innen.

Politische Ansätze müssten auf langfristige Koexistenz zielen, sowohl verschiedener gesellschaftlicher Gruppen als auch nichtmenschliche Subjekte.

Notwendig dafür sei „besonders die Offenlegung und die Entschärfung von Macht-, Verfügungs- und Geltungsansprüchen gegenüber anderen sowie die Anerkennung und den offenen, lernenden Umgang mit Differenz und Konflikt“.



Der Fichtenwald im Harz wandelt sich derzeit zur offenen Landschaft. Schuld sei der Borkenkäfer, sagen viele. Tatsächlich gab es den hier immer. Erst die extreme Dürre durch die Klimaerwärmung hat dem Käfer Idealbedingungen beschert. Die Ursachen sind komplex - das müssen wir akzeptieren, besagt ein Prinzip des ISOE. Bild: S. Tilch

Das bedeutet zum einen, dass für gesellschaftliche Herausforderungen Lösungen gefunden werden müssen, die Ökosysteme und ihren Funktionen nicht beeinträchtigen, zum anderen aber auch die Bedürfnisse aller gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigen.

So müssen Holzproduktionsstätten, aber auch Schutzgebiete bspw. in Regenwäldern so gemanagt werden, dass sie dauerhaft bestehen bleiben und die anwohnende Bevölkerung davon profitiert und zumindest nicht beeinträchtigt wird. In unseren Breiten könnte dies bedeuten, dass eine Fabrik, die klimafreundliche Autos bauen soll, nur dann und nur dort gebaut werden kann, wenn sie nicht lebensnotwendige natürliche Ökosystemfunktionen wie die Grundwasserversorgung gefährden - und die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und ihrer Umwelt berücksichtigt wird. Dass der Ausbau der Zivilisation zwangsläufig den Verlust der Biodiversität in Kauf nehmen muss, ist ein nach wie vor verbreitetes Bild, das in Anbetracht der Zukunftsperspektiven jedoch nicht mehr gelten kann.

Prinzip drei ist mit „**Grenzen abstecken und reflektieren**“ betitelt. Dieses Prinzip greift die Endlichkeit unserer Ressourcen auf dem Planeten auf, die unserer aktuellen Lebens- und Wirtschaftsweise völlig widerspricht.

Der globale Handel hat die Grenzen des Möglichen enorm vergrößert. Das ganze Jahr über können wir Früchte und Gemüse aus aller Welt kaufen, eine Saison dafür gibt es kaum noch. Bei anderen Konsumartikeln sieht es wenig anders aus. Ressourcenverbrauch, Verunreinigung und Müllaufkommen werden einfach in andere Weltregionen verlegt. Wir stoßen schon lange an die Grenzen dieses Systems, sei es durch unhaltbare soziale Bedingungen der Menschen in jenen Regionen, oder vermehrte Naturkatastrophen durch den menschengemachten Klimawandel.

Die Wissenschaftler*innen des ISOE sehen die Grenzen, die für ein gutes Leben in Zukunft nötig sind, in Form eines sogenannten Transformationskorridors. Dieser basiert vor allem auf dem Grundsatz, dass die Erfüllung der eigenen Bedürfnisse nicht jene anderer beschneiden dürfen. Dieser Korridor ist das Sinnbild unseres zukünftigen Lebensweges, der durch verschiedene Faktoren begrenzt wird: Von unten durch die menschlichen Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung oder Minimalbedingungen für soziale Teilhabe, von oben durch die begrenzten natürlichen Ressourcen und die Leistungsfähigkeit der Erdsysteme. Die Wände rechts und links versinnbildlichen die Bedürfnisse anderer Menschen oder auch späterer Generationen.

Wo diese Wände verlaufen und wie eng sie sind, sollte zum einen abhängen von wissenschaftlich erhobenen Daten zu Ressourcenverfügbarkeit und Folgenabschätzungen, wie es etwa bei der Berechnung des Budgets von CO₂-Emissionen zur Einhaltung des 2°-Ziels gemacht wird. Zum anderen von einer gesellschaftlichen Debatte, welche Bedürfnisse man sich für ein „gutes Leben“ leisten will.

Prinzip vier lautet zu „**lernen, mit Komplexität umzugehen**“.

Unser Einfluss auf die Erd- und Ökosystemfunktionen ist hochkomplex, so komplex wie die Systeme selbst. So stellen Wissenschaftler*innen immer mehr fest, dass monokausale Ansätze bei der Erfassung von Umweltveränderungen zu kurz greifen.

Eine Kernbotschaft des im Juni dieses Jahres erschienenen gemeinsamen Workshop-Berichts zu "[Biodiversität und Klimawandel](#)" von Weltbiodiversitätsrat IPBES und Weltklimarat IPCC ist,

dass verschiedene Treiber von Ökosystemveränderungen sich nicht einfach addieren, sondern meist synergetisch wirken, sich also gegenseitig verstärken können. So wirken beispielsweise Pestizide unter Dürrebedingungen auf Bodenorganismen wesentlich stärker als unter normalen klimatischen Bedingungen. Allein dieses Beispiel zeigt, dass wir bei der Bekämpfung mehrerer Krisen ganzheitlich denken müssen. Der Klimawandel wird künftig auch neue gesundheitliche Herausforderungen für unsere Region mit sich bringen. Neue Mückenarten etwa überstehen unsere milden Winter und können Krankheiten verbreiten, die bislang keine Rolle spielten.

Dekarbonisierung ist hier also eine der wesentlichen Maßnahmen für die künftige Gesundheit unserer Gesellschaft. Wie man bei der Bekämpfung dieser invasiven Mückenarten die Natur mitberücksichtigt (auf Pestizide verzichtet), zeigt das AJAP-Projekt, an dem Marion Mehring beteiligt war (<https://www.isoe.de/nc/forschung/projekte/project/ajap-ii/>).

Letztendlich bedeutet „mit Komplexität umgehen“ aber auch, sich einzugestehen, dass man nie alles wissen, keine Entwicklungen mit völliger Sicherheit vorhersagen und entsprechend in sichere Bahnen lenken kann. „Notwendig ist hier ein reflektierter und transparenter Umgang mit Unsicherheit und unterschiedlichen Problembeschreibungen, aber auch, offen gegenüber alternativen Gestaltungszielen zu sein“ meint Marion Mehring. „Die vernünftigste Antwort darauf ist, hier das Vorsorgeprinzip anzuwenden.“

Als **fünftes Prinzip** nennen die die Wissenschaftler*innen, die **Widerstandsfähigkeit** sozial-ökologischer Systeme gegenüber den Folgen von heute bereits absehbaren Umwelt- aber auch gesellschaftliche Veränderungen zu stärken.

Das Prinzip zielt darauf ab, Entwicklungen wie eine zunehmende Lebensweise in Städten weltweit, einen Bedarf an klimaneutraler Mobilität und Energie, aber auch häufigere Dürren und Hochwasser in heutigen Entscheidungen und Lösungsfindungen mitzuberücksichtigen. Ein Beispiel hierfür ist etwa, natürliche Überschwemmungsflächen wiederherzustellen und keine Neu- und Wiederaufbauprojekte in Flussauen mehr zu genehmigen.

Das **sechste und letzte Prinzip** besagt, dass die **Teilhabe aller Akteure gesichert** werden sollte. Dieses setzt den Rahmen für die unter Prinzip drei genannte Aushandlung der „Korridore“. Damit die gesellschaftlich beschlossenen Gestaltungswege auch dauerhaft und nachhaltig sind, muss der Gestaltungsprozess (basis-) demokratisch sein und die praktisch wirksame Teilhabe aller Akteure ermöglichen.

So wird etwa die Produktion von emissionsfreiem Strom durch Staudämme keine dauerhaft friedliche Zukunftslösung sein, wenn Millionen von Menschen am folgenden Flusslauf unter Trinkwasserknappheit oder einem wegfallenden Fischereiwesen leiden. Auch gentechnisch veränderte Nutzpflanzen können nur dann eine nachhaltige Lösung des Ernährungsproblems sein, wenn die Landwirte in den betreffenden Regionen sich diese Sorten auch leisten können und sie die Wahl haben.

Bewusstsein für Gesellschaft-Natur-Verhältnis im CBD Post-2020-Prozess

In den vergangenen Jahren sind in einem weltweiten Prozess die Gründe für das Scheitern des bisherigen Strategischen Plans der CBD zur Erhaltung der biologischen Vielfalt analysiert und Konzepte für einen neuen Vertrag der Mitgliedstaaten für die kommenden Jahre und Jahrzehnte entworfen worden. Diese sollen bei der anstehenden COP-15 in chinesischen Kunming vom 11. bis 15. Oktober 2021 (Teil 1) und vom 25. April bis 8. Mai 2022 (Teil 2) verhandelt und beschlossen werden. Vergleicht man die neuen Ziele des aktuellen Entwurfs (1st draft) mit den Aichi-Zielen von 2010, fällt auf, dass zumindest in dieser politischen Ebene das Bewusstsein für das eingetretene Anthropozän bereits vorhanden zu sein scheint. Wesentlich stärker ist die Rolle der Gesellschaft und menschlicher Akteure bei der Zielformulierung berücksichtigt worden.

Das beginnt schon mit einer Neuformulierung des Begriffs „Ökosystemleistung“. Der jetzt gebrauchte Begriff „Nature’s contributions to people“ hebt den Stellenwert der Natur auf die gleiche Höhe wie den Menschen und lässt sich als eigenständiges, zu respektierendes Wesen erscheinen.

Außerdem ist der Gedanke der Koexistenz von Natur- und Menschen bei respekt- und maßvoller Nutzung statt Ausschluss stärker verankert, etwa in

- **Ziel 1:** Sicherstellen, dass alle Land- und Meeresgebiete weltweit einer integrierten, die biologische Vielfalt berücksichtigenden Raumplanung unterliegen [...]
- **Ziel 4:** Gewährleistung aktiver Bewirtschaftungsmaßnahmen [...] und wirksames Management der Interaktionen zwischen Mensch und Wildtieren, um Konflikte zwischen Mensch und Wildtieren zu vermeiden oder zu verringern.
- **Ziel 5:** Sicherstellen, dass die Ernte, der Handel und die Nutzung wild lebender Arten nachhaltig, legal und sicher für die menschliche Gesundheit sind.

Das Prinzip der Teilhabe aller und die Respektierung verschiedener Interessen an der Natur werden besonders in den Zielen 9 und 21 deutlich:

- **Ziel 9:** Sicherstellung des Nutzens für die Menschen, insbesondere für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, einschließlich Ernährung, Lebensmittelsicherheit, Arzneimittel und Lebensunterhalt, durch nachhaltige Bewirtschaftung wild lebender Land-, Süßwasser- und Meerestiere und Schutz der gewohnheitsmäßigen nachhaltigen Nutzung durch indigene Völker und lokale Gemeinschaften.
- **Ziel 21:** Die gleichberechtigte und wirksame Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften an Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt sicherstellen und ihre Rechte auf Land, Territorien und Ressourcen sowie Rechte von Frauen, Mädchen und Jugendlichen achten.

„Ein Blick in den First Draft der CBD lohnt sich, denn er gibt Hoffnung, dass wir auf einem guten Weg sind die Biodiversitätskrise anzugehen“ sagt Mehring. „Am Ende kommt es aber auch auf die Umsetzung an.“

Hierfür braucht es Handlungswissen. Die Umsetzung wird demnach zeigen, ob das Bewusstsein für die enge Bindung von Mensch und Natur und die Gefahren des Ignorierens auch in den umsetzenden Politikebenen angekommen ist.“



Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2021): Beziehungskrise zwischen Mensch und Natur. Themenschwerpunkt im September. Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48550>

„Bei der Gartenarbeit wird sie unmittelbar erfahrbar - die enge Beziehung zwischen Mensch und Natur. Im Idealfall ist sie ein Geben und Nehmen. Das sollte auch das Vorbild im globalen Maßstab sein. Bild: T.M. Müller_Pixelio

Auch im Garten meiner Mutter sind inzwischen neue Pflanzenarten angekommen, die aufgrund der neuen klimatischen Bedingungen besser passen. Sie macht den Garten also ebenfalls widerstandsfähig gegen absehbare Trockenperioden, um das Gesamtsystem am Leben zu halten. Gleichzeitig legt sie neue Wasserspeicher an, was die Pflanzen ihr in den kommenden Jahren sicherlich danken werden, und vieles mehr. Die Beziehung zwischen ihr und den vielen Arten sorgt dafür, dass beide Seiten sich dauerhaft wohl fühlen. Diese Balance gilt es nun, im globalen Maßstab zwischen Menschheit und Natur zu finden.